

Quo vadis Bürgerwindräder?

von Ralf Köpke

Kapitalanleger haben in den vergangenen Jahren die Windkraft als lukrative Geldanlage entdeckt. Engagierte Windfreunde bleiben bei der Kommerzialisierung immer öfter auf der Strecke, sie fürchten auch um die Akzeptanz der Windkraft. Die Anzeige knallt ins Auge: „Rendite bei 38 U/min“ heißt es da vieldeutig. Mit einer 13prozentigen Ausschüttung, „von der andere nur träumen“, lockt eine Betreibergemeinschaft Kapitalgeber für Investments in einen Windpark an der Ostseeküste. Erbst über dieses marktschreierische Kohlemachen mit dem Wind griff Manfred Lüttke vom Bundesverband Erneuerbare Energien zur Feder. „Sie erweisen damit der Windenergie und wohl auch sich selbst einen Bärendienst, Sie helfen mit an dem Ast zu sägen, an dem die Windkraft und ihre Aktivitäten befestigt sind“, schrieb er an den Finanzdienstleister.

Nicht nur die Einladung an interessierte Politiker, solche Werbeversprechen als willkommenen Anlaß zur Kappung der Vergütungssätze für die Windkraft zu nehmen, ließ Lüttke und andere Windfreunde wettern. „Wir bekommen immer öfter zu hören, da kommen die Wessis mit dem dicken Portemonnaie und verdienen sich auf unserem Boden eine goldene Nase“, beschreibt Wolfgang Daniels von der Vereinigung Erneuerbare Energien in Sachsen die Situation jenseits der Elbe. Langfristig könne diese Entwicklung zum „Bumerang“ für die Windkraft werden, befürchtet der frühere Bundestagsabgeordnete. Auch Ralf Mehr von der jüngst gegründeten IWB-Regionalgruppe Thüringen spürt die wachsende Verstimmung gegen die Windenergie: „Wenn hier Investoren wie Staubsauger-Vertreter auftreten, um sich ertragreiche Standorte zu sichern, hinterlassen sie meist verbrannte Erde.“ Auch an der ostfriesischen Küste braut sich seit ein paar Monaten Unmut zusammen. Vom Ausverkauf der natürlichen Ressourcen an auswärtige Investoren sprechen Windkraftkritiker und gewinnen



mit diesem Argument zusehends Anhänger. Auf der Strecke bleibt so in den Rathäusern und bei den Einheimischen die Akzeptanz für die Windkraft, ein Problem, das im Osten und Westen akut ist – abgesehen von Schallemissionen, Disco-Blitzen, den Querelen um das Stromeinspeisungsgesetz oder den Angriffen des Bundesverbandes Landschaftsschutz.

Um mehr Akzeptanz für Windkraftanlagen zu gewinnen, gründeten sich hierzulande nach dem Tschernobyl-Gau im April 1986 eine wachsende Zahl von Bürgerwindrad-Initiativen. „Bürger machen Strom“ – dieser Slogan motivierte tausende Zeitgenossen, sich finanziell für eine emissionsfreie und umweltfreundliche Stromerzeugung in ihrer nächsten Umgebung zu engagieren. IWB-Vorsitzender Peter Ahmels stellt sich auch heute voll hinter die Bürgerwindräder: „Wenn wir das Ziel einer breitangelegten regenerativen Energieerzeugung nicht aus den Augen verlieren wollen, müssen wir von Anfang an besonderes Augenmerk auf Akzeptanz legen. Schließlich betrifft die dezentrale Energieerzeugung mehr Menschen in ihrer unmittelbaren Umwelt, und deshalb macht es Sinn, wenn sich die Menschen mit ihrer Energieerzeugung identifizieren können.“ Vorbild für dieses Denken war wie so oft in der Windszene Dänemark. Schon früh hatten die Skandinavier erkannt, daß mit wachsender Zahl auswärtiger Investoren die Akzeptanz für die regionale Windkraft-

nutzung zu sinken begann. Deshalb gestattete die Kopenhagener Regierung vor allem Landbesitzern und der Bevölkerung an den lokalen Standorten, Windkraftanlagen zu errichten. Genau eine solche Regelung fehlt zwischen Flensburg und der Zugspitze.

Das rief den mittlerweile viel zitierten Investortyp, den „süddeutschen Zahnwalt“ (eine Verballhornung aus Zahnarzt und Rechtsanwalt), auf den Plan, dessen Mühlen sich im vor allem nordfriesischen Küstenwind drehen. Der „Zahnwalt“ wurde schnell zum Trendsetter: Dank satter Verlustzuweisungen entdeckten immer mehr Großverdiener die Windenergie. Die Zeiten sind vorbei, in denen nur umweltbewußte „Öko-Freaks“ die Windenergie entdeckt haben, schreibt die Fachzeitschrift Energie & Management, „längst haben auch knallhart kalkulierende Kapitalanleger den Strom, der aus dem Wind kommt, für sich entdeckt.“ Bei der Suche nach windreichen Standorten mischen nicht nur Planungsbüros und Betreibergemeinschaften mit, sondern auch zunehmend die Anlagenhersteller – eine neue Variante der Absatzsicherung und -maximierung.

„Machen wir uns nichts vor, auch bei ethischen Geldanlagen wie der Windkraft geht es letztendlich auch um die Rendite“, sagt Matthias Kynast ganz realistisch. Er ist Geschäftsführer der Windkraft Neuenrade GbR mit Haftungsbeschränkung im Regierungsbezirk Arnsberg. Eine hohe Verzinsung

kann Kynast seinen Anlegern nicht bieten: 0,75 Prozent pro anno. Der sauerländische Windpionier setzt mehr auf den Idealismus seiner Kapitalgeber: „Die Windkraft steht nicht allein nur für's Geldverdienen, sondern symbolisiert eine andere Sensibilität für den Umgang mit Energie und der Nutzung regenerativer Energiequellen.“ Für Kynast zählen noch ganz pragmatische Gründe, die für ein Bürgerwindrad-Projekt sprechen: „Bei den noch verbleibenden zweit- oder drittklassigen Binnenlandstandorten sehe ich es als Risikostreuung an, wenn das Kapital auf mehrere Schultern verteilt wird.“ Noch sei keine Windmaschine 20 Jahre lang gelaufen, die sich in allen Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Anlageprospekte finden. Der Trend zum Abschreibungs-windpark sei aber nicht mehr zu stoppen: „Das Potential aus Umwelt-, Naturschützern, AKW-Gegnern oder kirchlichen Initiativen ist nicht beliebig vermehrbar, was auch den Kreis möglicher Geldgeber einschränkt.“

Daß solche Gruppen nach wie vor an einem Windkraft-Engagement interessiert sind, ist für Claudio Fischer von der IWB-Regionalgruppe Südniedersachsen eine ausgemachte Sache: „Es kostet halt einen Haufen Energie an Überzeugungs- und Vorarbeiten, das Eigenkapital für eine Windkraftanlage zusammen zu bekommen.“ Damit ist meist auch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit verbunden, die für den bundesweiten Ausbau der Windenergie unverzichtbar ist. „Gerade solche engagierten Gruppen sind bereit, die lokale Bevölkerung längerfristig über ihre Anlagen mit Veranstaltungen oder einem Tag der offenen Tür zu informieren, um so Vorurteile oder Mißverständnisse abzubauen.“ Fischer zeigt sich überrascht, daß selbst im Binnenland Investoren ihre Projekte „im kleinen Kreis durchziehen“ wollen. Money makes the world go round ... das gilt auch für die Windszene, die sich in der Bundesrepublik längst zu einem Milliarden-Markt entwickelt hat. Bürgerwindräder werden, so die

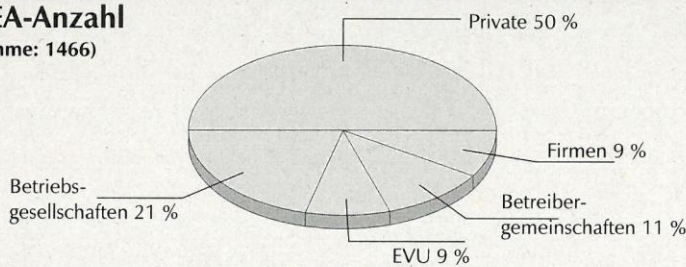
Einschätzung eines Insiders, „in diesem Markt immer ihren Platz haben, allerdings sind die Zeiten vorbei, in denen die Windkraft romantisiert worden ist.“ Die Windenergie habe die Kinderstube verlassen und werde erwachsen, ein Prozeß, der bekanntermaßen, nicht immer zum Jubel Anlaß gibt.

Wer ist der Betreiber?

Windkraftanlagen im Wissenschaftlichen Meß- u. Evaluierungsprogramm (WMEP)

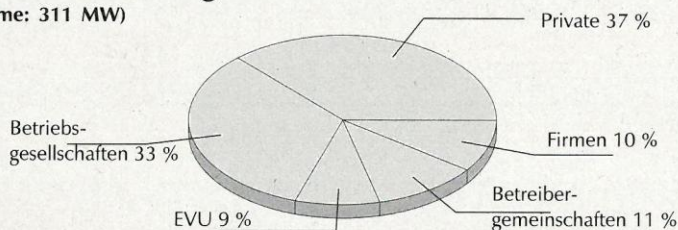
WEA-Anzahl

(Summe: 1466)



Installierte Leistung

(Summe: 311 MW)



Die dargestellten Betreiber stehen für folgende Gruppen:

- **Private:** Privatpersonen, meist Landwirte,
- **Betriebsgesellschaften:** kommerzielle Betriebsgesellschaften, meist in der Gesellschaftsform GmbH; im allgemeinen zum Betrieb von Windparks mit reinem Netzparallelbetrieb. (Beteiligungen, z.B. von EVU an Betriebsgesellschaften, blieben hierbei unberücksichtigt),
- **EVU:** regionale und kommunale Energieversorgungsunternehmen,
- **Betreiber-gemeinschaften:** Betreibergemeinschaften, meist mit der Gesellschaftsform GbR, oft für Weilerkonzepte mit Energieeigennutzung durch mehrere Betreiber,
- **Firmen:** Gewerbebetriebe, z.B. Hotelbereich, Zuckerfabrik etc..

(Quelle: WMEP Jahresauswertung 1995)

Pro & Kontra Bürgerwindräder

Pro:

- die Bevölkerung vor Ort wird am finanziellen Nutzen der Windkraftanlagen beteiligt. Dadurch kann vermieden werden, daß zwischen Betreibern und Anwohnern Neid aufkommt.
- die Bevölkerung erfährt mehr über die Notwendigkeit der Windkraftnutzung. Wer an den Windkraftanlagen beteiligt ist, wird sich auch mehr für den Stromertrag und dem damit verbundenen ökologischen Nutzen interessieren.
- die langfristige Akzeptanz für die Windkraftnutzung bleibt gesichert. Durch die finanzielle Beteiligung an den Windkraftanlagen werden die Bürger auch noch in ein paar Jahren hinter „ihrer“ Entscheidung stehen.
- die Bürger entscheiden direkt, wo und wie viele Anlagen errichtet werden. Da die Bevölkerung an den Anlagen beteiligt wird, ist sie auch an der Form der Umsetzung interessiert.
- die Bürger werden für das Thema „Zukünftige Energieversorgung“ sensibilisiert. Wer sich entschieden hat, daß er einen Teil seines Geldes in Energieerzeugungsanlagen investiert, wird sich auch intensiver mit dem privaten Energieverbrauch befassen.
- auch bei geringeren Renditeerwartungen werden Windkraftprojekte umgesetzt. Da die beteiligten Bürger nicht nur an Gewinnen interessiert sind, können Projekte mit höheren Eigenkapitalanteil und an windschwächeren Standorten aufgebaut werden.

Contra:

- der Verwaltungsaufwand wird bei einer zu kleinen Stückelung der Anteile größer. Dies führt dazu, daß Projekte unwirtschaftlich werden.
- zu viele Personen nehmen Einfluß auf die Entscheidungsfindung. Dies führt dazu, daß Projekte nur schleppend oder gar nicht umgesetzt werden.
- Grundstücksbesitzer entscheiden nicht allein, was mit ihrem Eigentum geschieht. Wenn die Eigentümer dazu „verpflichtet“ werden, daß weitere Personen an dem Projekt beteiligt werden, sinkt das Interesse an der Umsetzung.
- der steuerliche Vorteil für Anleger mit hohem Einkommen wird nicht optimal genutzt. Dadurch, daß Abschreibungsmöglichkeiten nicht voll erschlossen werden, wird das Projekte für Großanleger uninteressant.
- die Planung wird nicht professionell umgesetzt. Da anstelle von erfahrenen Ingenieurbüros, Bürger aus der Region mit der Umsetzung der Projekte befaßt sind, werden Fehler gemacht. Das Projekt wird unter Umständen ganz aufgegeben.
- Bürgerwindräder setzen ein hohes Engagement örtlicher Gruppen voraus. Dies ist oft nicht gegeben.